

Nr. 21/19 vom 02.07.2021

„Energy Chat in der Reinhardt“ zur Bundestagswahl 2021

Das Wahlprogramm 2021 der SPD auf dem Prüfstand - welche energie- und klimaschutzpolitischen Aussagen werden getroffen?

Berlin. **Auch im Wahljahr 2021 stellt das Forum für Zukunftsenergien die Wahlprogramme einiger Parteien auf den Prüfstand. In der fünften Ausgabe am 23. Juni 2021 wurde mit Johann Saathoff, MdB, Mitglied des erweiterten Vorstands & Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion, über die energie- und klimapolitischen Aussagen im Wahlprogramm der SPD diskutiert.**

Das energiepolitische Zieldreieck sei derzeit grundsätzlich ausgeglichen, jedoch gebe es zu einzelnen Aspekten noch Korrekturbedarf, betonte Johann Saathoff, MdB, Mitglied des erweiterten Vorstands & Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion. Im Gespräch mit Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., erläuterte Saathoff, dass die SPD sicherstellen werde, dass bezüglich der nationalen CO₂-Bepreisung soziale Brüche vermieden würden, denn die Akzeptanz für die Energiewende dürfe nicht verloren gehen. Dies könne durch Entlastungen und den parallelen Hochlauf von klimafreundlichen Alternativen gelingen. In diesem Zusammenhang kritisierte Saathoff das Konzept des „Energiegeldes“ von Bündnis 90/Die Grünen, denn dieses sei eine Umverteilung vom ländlichen- in den städtischen Raum sowie sozial ungerecht.

Damit der Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen befördert wird, müssten Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und klare Grundsätze definiert werden, um die Abwägung der Interessen betroffener Personen, des Artenschutzes und der Versorgungssicherheit zu gewährleisten und somit transparenter zu gestalten. Damit die Netzinfrastrukturen den Anforderungen der Energiewende gerecht werden, müsse die Anreizregulierungsverordnung modernisiert und die Flexibilität der BNetzA verbessert werden. Die Netzbetreiber seien seiner Meinung nach innovativ, jedoch reize die BNetzA den flächendeckenden Einsatz innovativer Technologien z. B. bezüglich der notwendigen Digitalisierung derzeit nicht zielgerichtet an. Saathoff befürworte zudem eine höhere staatliche Beteiligung der Bundesregierung an den Übertragungsnetzbetreibern, wenn die Unternehmen dies ermöglichen – eine Enteignung schloss er kategorisch aus. Zudem kritisierte Saathoff, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie den Gesetzentwurf zur Spitzenlastglättung von Anfang des Jahres zurückgezogen habe.

Saathoff befürworte das Vorgehen, die EEG-Umlage nicht mehr von den Stromkunden, sondern durch den Steuerzahler zu finanzieren und forderte, in der neuen Legislaturperiode die umfassende Reform der Abgaben und Umlagen im Energiesystem. Bei ausgeführten EEG-Anlagen sollten seiner Meinung nach, „contracts for difference“ genutzt werden, um so auch Einnahmen für das EEG-Konto zu generieren und den Bundeshaushalt zu entlasten. Gleichzeitig müsse Sorge dafür getragen werden, dass repoweringfähige Anlagen auch repowert würden. Um die Versorgungssicherheit bei einem wachsenden Anteil an erneuerbaren Energien im Stromsektor zu erhalten, würden evtl. auch Gaskraftwerke benötigt. Wie ein Anreiz zum Bau und Betrieb dieser Anlagen ausgestaltet werden könne, müsse noch geklärt werden.

Um die benötigten Mengen an Wasserstoff für die europäische Nachfrage sicherzustellen, müssten diverse internationale Importrouten genutzt werden, unterstrich Saathoff. Insbesondere Russland biete großes Potenzial für grünen Wasserstoff.

Zunächst müsse jedoch der Ausbau von erneuerbaren Energien innerhalb Deutschlands deutlich beschleunigt werden, um so viel grünen Wasserstoff wie möglich zur Verfügung stellen zu können. Nur wenn dies nicht ausreiche, müsse übergangsweise auf blauen Wasserstoff zurückgegriffen werden. Gelben Wasserstoff aus Atomstrom zu nutzen, schloss Saathoff aus. Er zeigte sich grundsätzlich offen für die Nutzung von CCS, betonte jedoch, dass die gesellschaftliche Akzeptanz dafür nicht gegeben sei und es darüber hinaus sinnvoller sei, direkt in solche Technologien zu investieren, die Kohlenstoff in fester Form als „Abfallprodukt“ mit sich brächten.

Um Industriebetriebe zu unterstützen, setze sich die SPD für Industriestrompreise von 4 ct/kWh ein – dieser gebe der Industrie die benötigte Verlässlichkeit und zeige Wertschätzung. Das Ziel sei es, industrielle Betriebe und Wertschöpfung auch zukünftig in Deutschland zu halten. Regelungen zum Schutz der Industrien sollten möglichst auf europäischer Ebene getroffen werden, nationale Regeln wie die Reform der Abgaben und Umlagen oder die Subventionierung des Strompreises seien jedoch einfacher umzusetzen, so Saathoff

Um den Herausforderungen im Bereich der Raumwärme zu begegnen, forderte Saathoff eine kombinierte Planung von Strom-, Wärme-, Methan- und Wasserstoffnetzen. Zusätzlich müsse die dezentrale Fernwärme deutlich stärker ausgebaut werden, denn das Netz könne auch als Speicher fungieren. Eine hälftige Teilung der CO₂-Kosten aufgrund des BEHG zwischen Mieter und Vermieter sei fair. Dass die CDU/CSU dies, trotz des entsprechenden Kabinettsbeschlusses nun nicht mehr unterstütze, habe nichts mit „verlässlicher“ Politik zu tun, kritisierte Saathoff. Um die Sanierung von Gebäuden zu fördern, sprach sich Saathoff einerseits für hohe Fördersummen und andererseits für steuerliche Anreize aus.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV
LinkedIn @FfZeV